

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger
Wochenblatt
Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privatbank, Zweigstelle Pulsnitz



Ersteinstellung an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besorgungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Zeilenzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Tschernsdorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 68

Dienstag, den 20. März 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Im Anschluß an die im vorigen Monat stattgefundenen Aufführungen der Sächsischen Landesbühne haben die städtischen Kollegien beschlossen, zu versuchen, ob solche Vorstellungen auch weiterhin für Pulsnitz ohne große Zuschüsse möglich sind. Es wird deshalb unser Ratsherrn mit Einzelantragstellung bei der Einwohnerzahl in den nächsten Tagen vorprechen. Ebenfalls sollen die Listen werden aber auch in unserer Stadtkasse, in der Rathauskassa (1. Treppe) und beim Vorsitzenden des städtischen Verkehrsamtes, Herrn Stadtrat Beyer, zur Einzeichnung ausliegen. Die Preise für Anrechtsscheine sind für nummeriertes Parkett je Vorstellung 2.00 RM, für 1. Parkett 1.25 RM, für 2. Parkett 0.75 RM. Bei diesen Preisen ist aber zu beachten, daß wenigstens 8 bis 12, mindestens aber 8 Anrechtsscheine gezeichnet werden. Die Eintrittspreise außer Anrecht werden später erheblich höher, fast das Doppelte betragen. Bei Einzeichnung in die Listen wird gebeten, ein Drittel des betreffenden Betrages anzuzahlen, der Rest wird dann in 2 bis 3 Raten durch unsern Ratsherrn eingeholt werden. Vom Erfolge dieser Einzeichnungen wird es abhängen, ob es möglich sein wird, der Bewohnerschaft der Stadt Pulsnitz und Umgebung auch weiterhin derartig künstlerisch hochstehende Theateraufführungen bieten zu können.

Pulsnitz, den 19. März 1928.

Der Stadtrat.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

am Donnerstag, den 22. März 1928, abends 1/8 Uhr
im großen Sitzungssaal des Rathauses.

Tagesordnung:

1. Kenntnisnahmen, II. Beratungen und Beschlüsse: 1. Die kommunale Totenbestattung; 2. Das städtische Anschlagswesen; 3. Die Feuer- und Gassteuer. III. Evtl. Anfragen und Anträge.

Pulsnitz, am 19. März 1928.

Karl Zimmermann, Stadtverordnetenvorsteher.

Bekanntmachung.

I.
Auf unserem Friedhofe werden eine große Anzahl Gräber Erwachsener und Kinder nicht mehr gepflegt.

Es gehen immer wieder Beschwerden ein, daß diese vernachlässigten Grabstellen unseren Friedhof verunzieren und besonders die Arbeiten an den noch gepflegten Gräbern erschweren.

Wir sehen uns deshalb veranlaßt, diese ungepflegten Grabhügel gemäß § 27 der Friedhofs-Ordnung einzuebnen, wenn nicht bis zum 15. April 1928 bei Herrn Totenbettmeister Lange oder bei dem Vorsitzenden des Friedhofs-Ausschusses, Herrn Rudolph Weisker, der Antrag auf weitere Erhaltung der Gräber mit der bestimmten Erklärung ordentlicher Pflege ausgesprochen wird.

Grabsteine und Denkmäler verfallen nach Einebnung der Grabhügel der Verwaltung der Kirche, falls sie nicht vorher von den Angehörigen selbst entfernt worden sind.

II.

Nach § 10 der Friedhofs-Ordnung sind die Reihengrabstätten (früher reservierte Grabstellen genannt), welche in den Jahren 1901 — 1902 — 1903 gelöst bez. belegt worden sind, und deren weitere Erhaltung gewünscht wird, bis zum 15. April 1928 bei dem Vorsitzenden des Friedhofs-Ausschusses anzumelden und gegen Zahlung der festgesetzten Gebühren wieder zu lösen. Der bisherige Bescheid ist bei der Anmeldung vorzulegen.

Pulsnitz, am 20. März 1928.

Der Kirchenvorstand.

Mittwoch, den 21. März 1928, vormittag 11 Uhr, soll in Pulsnitz, Restaurant zum Bürgergarten

1 Schreibmaschine (Mignon)

meißelnd gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Pulsnitz.

Das Wichtigste

Der deutsche Botschafter in Moskau hat einen neuen Schritt bei der Sowjetregierung unternommen.

Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Moskau meldet, heißt der letzte der im Donezgebiet verhafteten Deutschen Koster. Ein Mann dieses Namens ist bei den in Betracht kommenden deutschen Firmen UEG und Krapp unbekannt.

In Uppendörf bei Eisleben wurden zwei jugendliche Eisenbahntatler festgenommen.

Der deutsche Weltrekordler Dr. Otto Belzer ist gestern mit dem norddeutschen Lloyd-Dampfer „Columbus“ in Bremer Hafen eingetroffen. Er wurde an Bord des Schiffes von Vertretern des Norddeutschen Lloyds und von Bremischen Sportfreunden herzlich begrüßt.

Der albanische König verweilte im Verlauf seines Besuchs bei der englischen Flotte 1/2 Stunden am Bord des Unterseebootes L. 22. Das Unterseeboot unternahm eine kurze Übungsfahrt. Der König feuerte einen Torpedo auf einen Minensucher ab. Das Geschöß verfehlte jedoch sein Ziel.

Die alarmierenden Gerüchte über die Lage in Samoa werden als stark übertrieben bezeichnet, jedoch wird vom Ministerpräsidenten Coates in einer Erklärung hinzugefügt, daß die Verhältnisse noch keineswegs befriedigend seien.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

Frühlingsanfang.

Zum 20. März.

„Grüß Gott, du lieber Frühlingswind!
Du darfst bei mir nicht säumen!
Flieg fort, flieg fort in den Wald geschwind,
Da alles noch liegt in Träumen.“

— es tut wahrhaftig not, daß der Frühlingswind das gründlich besorgt, denn der März, der sich doch ganz nett angelassen hatte, hat uns in der letzten Zeit schwer enttäuscht. Dabei hat er pflichtgemäß uns den Frühling am 21. März zu bringen, und in diesem Jahre gar einen Tag früher, weil's ein Schaltjahr ist. Es war alles auf dem besten Wege, die Knospen schauten schon heraus an Baum und Strauch und manch ein Vögelchen zwitscherte, Schneeglöckchen lugte aus dünnem Laube, da brach plötzlich wieder der Winter, der grumme Gesell, hervor und hüllte die Landschaft in schneeiges Weiß, bedeckte die jungen Knospen und tat den Saaten weh, und vielleicht ist schon weit mehr Schaden angerichtet, als wir ahnen mögen. Das letzte Jahr hat uns in bezug auf Wärme und Sonne nicht verwöhnt.

Daß es mit des Winters Macht jetzt zu Ende ist, das lehrt uns jeder Gang ins Freie, und auch in der Stadt spüren wir's, daß der Frühling übers Land geht, spüren's am hellen Sonnenschein, merken's am Wind, dem Frühlingswind, der uns das Frühlingsrauschen entgegenweht. Er hat viel zu besorgen, der Lenzfürer:

„Die Blätter in den Knospen weh,
Sie sollen säuselnd sprießen!
Und hüß den Weichseln im Dornenversteck
Die Neuglein aufzuschließen!“

Neue Verhandlungen in Moskau

Das Generalkonsulat in Charkow soll sich mit den Gefangenen in Verbindung setzen

Neue Friedensreden in Genf — Eine Pariser Stimme zum deutsch-russischen Konflikt — Die rumänische Opposition verläßt das Parlament

Berlin. Nach der Freilassung des Oberingenieurs Goldstein und nach der Haftentlassung des Monteurs Wagner hat der deutsche Botschafter in Moskau die Besprechungen mit der russischen Regierung wieder aufgenommen, und zwar mit dem Ziel, zunächst eine persönliche Rücksprache zwischen den noch verhafteten vier Deutschen und dem Generalkonsulat in Charkow zu ermöglichen.

Offenbar hat das Auswärtige Amt die Absicht, bei diesen vier Verhafteten zunächst durch persönliche Rücksprache einwandfrei festzustellen, ob sie sich wirklich eines Verbrechens schuldig gemacht haben, oder ob hier auch nur, wie unzweifelhaft im Fall des Oberingenieurs Goldstein, eine falsche Beschuldigung vorliegt. Wenn die russische Presse den Versuch macht, den deutschen zuständigen Stellen den Beweis für die Unschuld der vier Verhafteten zuzuschicken, so ist das ein sehr durchsichtiges Manöver. Nicht die deutsche Regierung hat die Aufgabe, die Unschuld der Verhafteten zu beweisen.

Die russische Regierung hat jetzt die Aufgabe, den Schuldbeweis zu liefern,

was bisher mit den ganz allgemeinen und im Falle Goldstein von den Russen selbst widerlegten Behauptungen in den offiziellen Mitteilungen nicht geschehen ist. Je nach dem Ergebnis der Rücksprache mit den Verhafteten behält sich das Auswärtige Amt vor, weitere Schritte in Moskau zu unternehmen.

Der Auwärtige Ausschuss des Reichstages wird sich am Mittwoch mit dem deutsch-russischen Zwischenfall beschäftigen, und es ist durchaus möglich, daß die Regierung von einer großen Mehrheit des Auswärtigen Ausschusses gebeten wird, auch weiter sehr energisch in Moskau zu intervenieren.

Erst die Verhaftungen zurück — dann weiter verhandeln!

Der soeben aus Rußland zurückgekehrte Ingenieur Hermann Hille stattete am Montag vormittag der UEG über sein Eindringen in Rußland Bericht ab. Ingenieur Hille hat keinerlei Gründe über die Verhaftung der Deutschen angegeben. Daß die Aktion nicht nur gegen die Deutschen gerichtet sei, gehe aus der Tatsache hervor, daß die Zentralverwaltung des Donezbeckens auch 73 Russen verhaften ließ. Es gebe für die ganze Aktion nur die eine Erklärung, daß die Zustände im Donezbecken vollkommen verlobbert

sind und dafür der Sündenbock an falscher Stelle gesucht worden ist. Jedenfalls beweise die Aktion, auf welche schwachen Füßen das ganze System steht, daß man die deutsche Hilfe bisher noch nicht zu schätzen wußte. Sicherlich werden sich die deutschen Spezialisten, sowohl die, die jetzt in Rußland ver-

haftet wurden, als auch überhaupt im allgemeinen es sich sehr überlegen, so mir nichts dir nichts nach Rußland zu reisen, vor allen Dingen aber nur dann, wenn ihre persönliche Sicherheit in jeder Weise gewährleistet wird.

Durch die Verhaftungen konnten die Angestellten der UEG, ihre Mission, die in dem Garantienabweis der Turbinen bestand, nicht erfüllen. Wie sich dieser geschäftliche Punkt abwickeln wird, kommt erst in zweiter Linie in Frage; zunächst wartet alles darauf, daß die Verhafteten gesund zurückkehren.

Neue Friedensreden in Genf.

Genf. Im Vorbereitenden Abrüstungsausschuß hat der türkische Außenminister, Lewfik Ruschdy Bey, nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden Lou don eine Erklärung zur Sicherheitsfrage abgegeben, in der unter weitgehender Anerkennung des Schiedsverfahrens zur Beilegung internationaler Streitigkeiten dem Vergleichsverfahren der Vorzug gegeben wird. Was das Sicherheitsproblem betreffe, so unterscheidet die türkische Delegation zwischen der absoluten, ideellen Sicherheit und dem relativen Sicherheitsmaximum. Die absolute Sicherheit könnte nur durch die Errichtung eines Bundes aller Kulturstaaten geschaffen werden, in dem ein eventueller Angreifer in der Lage einer aufständischen Provinz wäre, gegen die alle anderen Provinzen gemeinsam und automatisch sofort vorgehen. Zur Erreichung eines heute möglichen Sicherheitsmaximums empfahl der türkische Außenminister den Abschluß von Nichtangriffspakten nach dem Muster der von der Türkei bereits mit verschiedenen Staaten abgeschlossenen Verträge, die bekanntlich durch die Neutralitätsverpflichtung erweitert sind.

Hierauf trat der Ausschuss in die Aussprache über die sowjetrussischen Vorschläge und den vor einem Monat vorgelegten Entwurf einer Abrüstungskonvention ein. In einer längeren Begründung dieser Vorschläge hob Litwinow im wesentlichen Folgendes hervor: Der russische Entwurf würde nach seinem Inkrafttreten bereits im ersten Jahre eine derartige Herabsetzung aller Streitkräfte zu Wasser und zu Lande und in der Luft bedeuten, daß damit von Anfang an die Möglichkeit bewaffneter Konflikte selbst vor der Verwirklichung der vollkommenen Abrüstung beträchtlich verringert wäre.

Bei einer eingehenden Zurückweisung des Einwandes, daß im Grunde genommen die russischen Vorschläge bereits früher in Völkerbündensauschüssen behandelt worden seien, betonte der stellvertretende russische Außenminister, daß einzig und allein die Verwirklichung der allgemeinen, gleichzeitigen und vollständigen Abrüstung eine befriedigende